

EMBARGO: Donnerstag, 12. Juli 2007, 10 Uhr

Medienkonferenz vom 12. Juli 2007

Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle»

Die Belastung und der Zeitdruck am Arbeitsplatz haben in den letzten Jahren massiv zugenommen. Die Arbeitnehmenden haben das Bedürfnis nach mehr Erholung und Freizeit. Die Antwort ist ein Ausgleich in Form von mehr Ferien. Aus diesem Grund haben Travail.Suisse und ihre Verbände die Lancierung einer neuen Volksinitiative, die 6 Wochen Ferien für alle verlangt, in die Wege geleitet.

Hugo Fasel, Nationalrat, Präsident Travail.Suisse

Die Schweiz hat eine intensive Erneuerung der wirtschaftlichen Strukturen hinter sich. Während Jahren löste eine betriebliche Restrukturierung die andere ab. Entlassungsschübe und die ständige Angst vor Stellenverlust begleiteten den Arbeitsalltag.

Die Grenzen der Belastbarkeit sind erreicht

Die Betriebe haben den Druck auf die Arbeitnehmenden verstärkt. Es wurde höchste Flexibilität und ständige Anpassungsbereitschaft verlangt. Die Hektik am Arbeitsplatz nahm rapide zu, die Arbeitsprozesse wurden verdichtet und der Arbeitsrhythmus ständig erhöht. Viele Arbeitnehmende haben die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit überschritten und dabei gesundheitliche Probleme in Kauf genommen.

Mehr Zeit zum Durchatmen, Auftanken und Erholen

Jetzt, da die Wirtschaft auf Hochtouren läuft, ist es dringend notwendig, die hohe Belastung am Arbeitsplatz auszugleichen und in Gesundheit, Erholung und Freizeit zu investieren. Die Arbeitnehmenden brauchen Zeit, um durchatmen zu können und sich zu erholen. Sie wollen mehr Zeit für Familie und Kinder, für ihr soziales Umfeld oder – ganz einfach – mehr freie Zeit für sich selbst.

Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle»

Travail.Suisse und die Verbände SYNA, Angestellte Schweiz, die Organizzazione Cristiano-Sociale Ticinese (OCST), Hotel & Gastro Union, Transfair, die Syndicats Chrétiens Interprofessionnels du Valais (SCIV) und der Polizeibeamtenverband (VSPB) nehmen das Signal ihrer Basis auf. Die Intensivierung der Arbeit soll in Form zusätzlicher Freizeit entschädigt und kompensiert werden. Zu diesem Zweck haben sie die Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle!» in die Wege geleitet. Die Lancierung soll durch den Travail.Suisse Kongress im Dezember beschlossen werden.

Medienkonferenz vom 12. Juli 2007

Wir haben mehr Ferien verdient!

Die Arbeitsbelastung hat in den letzten Jahrzehnten massiv zugenommen. Folgen davon sind gesundheitliche Schäden und volkswirtschaftliche Kosten. Gestiegen ist aber auch die Arbeitsproduktivität. Diese wurde aber nur beschränkt an die Arbeitnehmenden weitergegeben. Travail.Suisse fordert als Ausgleich mehr Ferien. Diese bringen, anders als eine Arbeitszeitverkürzung von ein paar Minuten pro Tag, einen nachhaltigeren Erholungseffekt.

Susanne Blank, Leiterin Wirtschaftspolitik Travail.Suisse

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat das Arbeitstempo massiv zugenommen, die Arbeit wurde immer mehr verdichtet und die Arbeitnehmenden mussten immer grössere Flexibilität und Anpassungsbereitschaft an den Tag legen. Fast die Hälfte der Erwerbstätigen gibt an, am Arbeitsplatz unter starker nervlicher Belastung zu stehen. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf die Gesundheit. Die Folgen der zunehmenden Belastung sind Fehlzeiten, Krankheitsabwesenheiten und damit auch Produktionsausfälle, was letztlich zu hohen volkswirtschaftlichen Kosten führt.

Produktivitätszuwachs an Arbeitnehmende weitergeben

Zwischen 1991 und 2004 ist die Arbeitsproduktivität in um rund 14.9 Prozent gestiegen; die Reallöhne erhöhten sich im gleichen Zeitraum um bescheidene 4.3 Prozent. Die Differenz von 10 Prozent zeigt, dass der grösste Teil der erhöhten Arbeitsproduktivität den Arbeitnehmenden vorbehalten wurde. Wir haben mehr Ferien verdient!

Mehr Ferien statt Arbeitszeitverkürzung

Die wöchentliche Normalarbeitszeit der Vollzeitarbeitnehmenden beträgt durchschnittlich 42 Stunden und 20 Minuten. Sie blieb in den letzten Jahren unverändert. Es stellt sich immer die Frage, in welcher Form Arbeitszeitreduktionen umgesetzt werden sollen. Travail.Suisse ist der Auffassung, dass der Ausbau der Ferien mehr Erholung, Entspannung und Lebensqualität bringt, als die Reduktion der täglichen Arbeitszeit um ein paar Minuten. Mit Ferien erreicht man einen Bündelungseffekt, der letztlich einen nachhaltigeren Erholungseffekt auslöst. Ferien sind ein entscheidender Beitrag zur Selbstbestimmung und Autonomie des Einzelnen.



Medienkonferenz vom 12. Juli 2007

Die Schweiz...das Ferienland ?

Die Schweiz verkauft sich als ein besuchenswertes Ferienland und das ist auch richtig so. Damit Arbeitende und Angestellte aus der ganzen Welt bei uns Ferien machen können, müssen sie auch Anrecht auf bezahlte Freizeit haben. Verglichen mit den uns umgebenden europäischen Ländern, also jenen Ländern aus denen der Grossteil der ersehnten Feriengäste kommen, haben wir die höchsten Jahresarbeitszeiten und entsprechend auch weniger Ferien und bezahlte Freitage.

Kurt Regotz, Präsident Syna

Vergleich	Jahresarbeitszeit	Ferien und bezahlte Feiertage
Schweiz	1832	31
Irland	1802	35
Italien	1748	39
Belgien	1748	32
Grossbritannien	1726	38
Niederlande	1717	39
Deutschland	1689	43
Frankreich	1575	35

Quelle: Wirtschaftsförderung Genf / IMD World Copetitiveness Yearbook

Ferien sind eine zum Voraus bestimmte Zahl aufeinander folgende freier Tage, die der Erholung dienen und an denen der Arbeitnehmer den üblichen Lohn weiterbezieht (H.U. Schürer "Arbeit und Recht ")

Gemäss OR beträgt der Ferienanspruch für Jugendliche bis zum 20. Altersjahr 5 Wochen. Für alle andern Arbeitnehmenden 4 Wochen. Das heisst, das gesetzliche Minimum an Ferien und bezahlten Freitagen beträgt 31 Tage für die unter 20 jährigen und 26 Tage für jene über 20 Altersjahren.

Viele Arbeitgeber sehen die Notwendigkeit und den Nutzen von mehr Ferien respektive Erholungszeit und haben mit uns Gewerkschaften weitergehende Ferienregelungen vereinbart.

Entsprechend sind in vielen Gesamtarbeitsverträgen Ferien festgelegt, welche über das gesetzliche Minimum hinausgehen:

- Im Detailhandel haben beispielsweise Migros, Coop und Globus fünf Wochen Ferien für alle und 6 Wochen für jene ab 50 Alterjahren. Andere Detailhandelsbetriebe kennen keinen GAV und gewähren nur das gesetzliche Minimum an Ferien.
- Abgestuft nach Alter ist auch der Ferienanspruch in der Chemischen Industrie, welche ab dem 60. Altersjahr sogar 7 Wochen Ferien vorsieht. Trotz diesem grösseren Ferienanspruch kann unsere chemische Industrie im globalisierten Markt bestehen.
- Das Bauhaupt - und Ausbaugewerbe gewährt ebenfalls 5 Wochen für alle und 6 Wochen Ferien ab dem 50. Alterjahr. 7 Wochen ab dem 60. Alterjahr erübrigt sich, weil diese Vorpensioniert werden.
- Fünf Wochen für alle sieht auch die Vereinbarung der Metalls, Elektronik und Maschinenindustrie vor und wie beim GAV der Metallunion haben 60 jährige Anspruch auf 6 Wochen Ferien im Jahr.

Es zeigt sich also, dass vor allem Sektoren und Branchen mit gesamtarbeitsvertraglichen Regelungen mehr Ferientage gewähren, als das Gesetz vorsieht.

Die Arbeitnehmenden ziehen mehr bezahlte freie Tage einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit vor. Bei einer schrittweisen Verkürzung der Wochenarbeitszeit erledigen gleichviel Leute in weniger Arbeitszeit dieselbe Arbeit. Mehr Ferien bewirkt eher, dass neue Arbeitskräfte eingestellt werden.

Rein rechnerisch kostet ein Woche mehr Ferien pro Jahr ca. 2.3%. Die Berechnung ist aber so nicht richtig. Mehr Ferien bringt auch eine Steigerung der Produktivität, denn erholte und zufriedene Arbeitnehmende erbringen in weniger Zeit die bessere Leistung.



Medienkonferenz vom 12. Juli 2007

6 Wochen Ferien: Zum Schutz der Gesundheit

Der sich zuspitzende Wettbewerb zwischen den Unternehmen und die Unplanbarkeit des Marktes haben die Gestaltung der Arbeit insgesamt massgeblich verändert. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind einem beschleunigten Arbeitsrhythmus und Flexibilität fordernden Arbeitsbedingungen ausgesetzt. Mit komplexer werdenden Aufgaben und geforderter Vielseitigkeit ist erhöhte berufliche Kompetenz gefragt.

Meinrado Robbiani, Nationalrat, Generalsekretär OCST

Diese Faktoren verflechten sich mit zusätzlichen Veränderungen in der Arbeitswelt. Die sich steigernde Unsicherheit der Beschäftigungssituation sowie die Misslichkeit der Arbeitsbeziehungen erhöhen den Druck, der auf dem Personal lastet. Ausserdem erschweren es Umwandlungen sozialer Art deutlich, Arbeit und Privatleben miteinander zu vereinbaren.

Demzufolge klagt ein grosser Teil der Arbeitenden über starke Spannungen am Arbeitsplatz und gesundheitliche Probleme. Die Zahl jener, die Stresssymptome aufweisen, nimmt beachtlich zu. Die Kosten, die der wachsende Stress verursacht, werden landesweit auf 4 Mia. Fr. jährlich geschätzt.

Der steigenden Arbeitsbelastung und dem Arbeitstempo ist unter anderem der wichtige Versuch entgegenzustellen, ein angemessenes Gleichgewicht von Arbeitszeit und Freizeit zu erreichen. Aus diesem Blickwinkel ist es in erster Linie angebracht, die Dauerphasen von Erholung intensiver zu gestalten. Den Tages- oder Wochenzeitplan zu verändern ist weniger wirksam, denn dieser bleibt häufig Anpassungen der "letzten Minute" unterworfen. Ferien - ein verlängerter Unterbruch - erlauben es, eine grössere Menge an Energie zurück zu gewinnen. Arbeit und andere Interessen können dann besser in Einklang gebracht werden.

Im aktuellen Arbeitskontext ist darum die Feriendauer nicht zuletzt aus der Optik der Sorge für die Gesundheit ein bedeutendes Instrument. In erster Linie begünstigt sie die Arbeitenden, ist jedoch ebenso für das Unternehmen von Nutzen, das auf diese Weise seinen entscheidenden und strategischsten Reichtum bewahrt.

Medienkonferenz vom 12. Juli 2007

Angestellte fordern Ferien ohne Verfalldatum

Der Wirtschaftsmotor brummt wie schon lange nicht mehr, gerade in der Industrie. Das freut natürlich auch die Angestellten – denn nichts ist beruhigender als die Sicherheit, eine Arbeitsstelle zu haben oder leicht eine zu finden. Einen Haken hat die Sache allerdings: Es läuft so gut und die Arbeitskräfte sind so knapp, dass die Angestellten Überstunden leisten und zudem häufig ihre Ferien nicht (voll) einziehen können.

Vital G. Stutz, Geschäftsführer Angestellte Schweiz

Heute verjähren Ferienansprüche nach fünf Jahren. Das ist ungerecht.

«Kein Problem, dann verschiebe ich meine Ferien halt auf das nächste oder übernächste Jahr», werden sich viele Mitarbeiter denken. Eben ist es ein Problem! Wenn es weiterhin gut läuft – und die Wirtschaftsaguren sagen das voraus – dann häufen sich in wenigen Jahren grosse Ferienguthaben zusammen. Das Dumme für die Arbeitnehmenden ist, dass Ferienansprüche, die nicht eingezogen wurden, gemäss Gesetz nach fünf Jahren verfallen. Wer diesbezüglich mit dem Arbeitgeber keine Abmachung getroffen hat, welche die Ansprüche garantiert, hat das Einsehen.

Verjährung abschaffen

Travail.Suisse und die Angestellten Schweiz, welche die Angestellten der Industrie vertreten, stossen sich daran, dass so am Schluss Mitarbeitende noch dafür bestraft werden können, dass sie im Dienst für den Arbeitgeber auf ihre Ferien verzichteten! Daher fordern sie mit Nachdruck die Abschaffung der Verjährung der Ferienguthaben. Denn wer gearbeitet hat, hat immer ein Anrecht auf eine Erholungszeit – und diese Erholungszeit muss in einem vernünftigen Verhältnis zur Arbeitszeit stehen. Erholungszeit kann doch nicht verfallen! Nur so kann gesichert werden, dass die Angestellten gesund bleiben und eine gute Work Life Balance erreichen können. Dies liegt auch im Interesse der Arbeitgeber, denn schliesslich sind nur erholte Mitarbeiter wirklich produktiv und kreativ.

Die Lösung: ein Ferien-Langzeitkonto

Um die unvermeidbaren Schwankungen im Geschäftszyklus aufzufangen, schlagen die Angestellten Schweiz vor, nicht bezogene Ferien analog zu geleisteten Überstunden einem Langzeitkonto gutzuschreiben. So können Ferienansprüche geparkt werden, um sie später einmal z. B. in Form von längeren Ferien oder eines Sabbaticals zu beziehen. Wir rufen allerdings dazu auf, nicht zu übertreiben – Erholung kann nicht unbeschränkt nachgeholt werden. Unseres Erachtens sollen nie mehr als zwei Wochen Ferienansprüche pro Jahr auf das Langzeitkonto transferiert werden.



Medienkonferenz vom 12. Juli 2007

Sechs Wochen Ferien nützen dem Tourismusland Schweiz

Die Tourismusbranche ist darauf angewiesen, dass der arbeitende Teil der Bevölkerung bezahlte Ferien hat. Je länger, desto besser. Denn wenn die Touristen länger Ferien haben, können sie länger bei uns verweilen. Das bringt unserer Tourismusindustrie mehr Geld. Die Schweiz tut deshalb gut daran, mit dem guten Beispiel voranzugehen und für alle sechs Wochen Ferien einzuführen.

Urs Masshardt, Geschäftsführer Hotel & Gastro Union

Für die Hotel & Gastro Union ist klar: Die Unterstützung der Initiative für sechs Wochen Ferien von Travail.Suisse muss für das Schweizer Gastgewerbe als Leitbranche des Schweizer Tourismus Ehrensache sein.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Schweizer Gastgewerbe verwöhnen heute ohne zusätzliche Entgeltung die Schweizer Feriengäste an sieben Tagen die Woche praktisch „rund um die Uhr“. Für sie wären sechs Wochen Ferien eine sympathische und verdiente Wertschätzung für ihre qualitativ hoch stehende Arbeit.

Die Berufsorganisation Hotel & Gastro Union ist mit 17'500 Mitgliedern die führende Organisation für Kader, Mitarbeitende und Lernende im Schweizer Gastgewerbe.

Medienkonferenz vom 12. Juli 2007

transfair unterstützt die Ferieninitiative.

Denn sie stärkt die Position der älteren Arbeitnehmenden beim sich abzeichnenden Arbeitskräftemangel.

Hugo Gerber, Präsident Gewerkschaft transfair

Mit unseren wichtigsten Sozialpartnern Swisscom, Post, SBB und der allgemeinen Bundesverwaltung hat transfair gute Ferienregelungen ausgehandelt. Stösst deshalb die generelle Forderung nach 6 Wochen Ferien im Service public-Bereich ins Leere? Sie ist ja – zumindest was die älteren Arbeitnehmenden anbelangt – bereits erfüllt bzw. mehr als erfüllt.¹

Nein, mehr Ferien für alle Arbeitnehmenden sind dringend nötig. Und gerade Ältere brauchen mehr Erholungszeit. So dämpfen SBB und Post mit guten Ferienregelungen die Belastungen der unregelmässigen Schichtung der Arbeitszeiten etwas ab.

Aber auch die demografische Entwicklung rechtfertigt mehr Ferien. In einer älter werdenden Gesellschaft mit entsprechendem Arbeitskräftemangel wird ein harter Konkurrenzkampf um junge Arbeitskräfte, Schul- und Studienabgänger einsetzen. Die Arbeitgeber sind deshalb gut beraten, sich nicht nur um Nachwuchskräfte zu kümmern. Das Potenzial der älteren Arbeitnehmenden ist endlich zu erkennen. Wertschätzung ist das eine, um sie im Erwerbsleben halten zu können und nicht in die freiwillige oder gesundheitlich bedingte Frühpensionierung zu drängen. Ein weiterer Trumpf sind gute Ferienregelungen. Zusätzliche Massnahmen sind nötig, so bspw.:

- Arbeitstempo und Arbeitsintensität sind zu «entschleunigen» und die Arbeitsinhalte anzureichern. Das fördert die Arbeitsmoral und die Freude an der Arbeit.
- Einzelpersonen und Berufsgruppen, die länger im Erwerbsleben sein werden, müssen Unterbrüche in der Erwerbsphase einbauen können. Dazu gehört auch die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit (Kinderhorte, Auszeiten zur persönlichen Bereicherung/Entfaltung, Förderung der Milizarbeit in sozialer, gesellschaftlicher, kultureller und sportlicher Hinsicht).
- Aus- und Weiterbildung müssen für alle Altersgruppen, insbesondere aber für ältere Arbeitnehmende, während der gesamten Erwerbsphase normal sein. Es muss Anspruch auf Aus- und Weiterbildung bestehen – aber auch die Pflicht, das Aus- und Weiterbildungsangebot zu nutzen (Sabbaticals nicht nur für Kader).

Fazit: Wer gute Ferienregelungen gerade für ältere Arbeitnehmende kennt, wird im Konkurrenzkampf um Arbeitskräfte die Nase vorn haben und die Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft meistern.

¹SBB: 6 Wochen und 1 Tag für über 50-Jährige und 7 Wochen und 1 Tag für über 60-Jährige; Post: 5 Wochen und 3 Tage für über 50-Jährige und 6 Wochen und 1 Tag für über 60-Jährige, Bund und Swisscom generell 5 und ab 60. Altersjahr 6 Wochen.

Medienkonferenz vom 12. Juli 2007

Sechs Wochen Ferien: Mehr Luft für die Familien

Alle sind sich bewusst, dass die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben zunehmend schwieriger geworden ist, vor allem für die Personen mit Kinderbetreuungsaufgaben. Sechs Wochen Ferien für die Familien ermöglichen diesen wieder etwas mehr Gelassenheit und sind eine wichtige Entlastung für die vielfach überlasteten Familien

Bertrand Zufferey, Generalsekretär SCIV

Diese Schwierigkeit betrifft die Familien, welche mit den grossen finanziellen Belastungen für einen Krippenplatz konfrontiert sind. Heute weitet sie sich aus zu einem Problem der Disponibilität der Eltern, so sehr fordert die Arbeitswelt die Verfügbarkeit der Arbeitnehmenden.

Der Musterangestellte muss immer wieder seine Verfügbarkeit und sein Engagement gegenüber seinem Arbeitgeber beweisen, was die Kombination der beiden Aktivitäten bezahlte Berufsarbeit und Verantwortung für die Familie extrem schwierig macht.

Mit der Initiative von Travail.Suisse und ihren Verbänden verschaffen wir den überlasteten Eltern mit sechs Wochen Ferien spürbar mehr Luft. Diese kämpfen oft gerade für die Schulferien um eine gute Betreuungslösung für ihre Kinder.

Sechs Wochen Ferien, das sind zwölf Wochen Ferien für ein Paar, erlauben es den Familien sich besser zu organisieren, ihre Erziehungspflichten wahrzunehmen und für ihre Kinder präsent zu sein, was allen zu Gute kommt.

Sechs Wochen Ferien für die Familien ermöglichen diesen wieder etwas mehr Gelassenheit und sind eine wichtige Entlastung für die vielfach überlasteten Familien. Sie sind vor allem auch eine Antwort auf das Engagement der Eltern auf dem Arbeitsmarkt, welche seit vielen Jahren zur steigenden Produktivität beitragen, auch zu Lasten der Lebensqualität der Familie.

Sechs Wochen Ferien für die Familien: für mehr Luft für die Eltern und eine gut umsorgte Kindheit.

Medienkonferenz vom 12. Juli 2007

Der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter unterstützt die Initiative für mehr Ferien.

«Die von Travail.Suisse lancierte Initiative wird vom Verband Schweizerischer Polizeibeamter VSPB vorbehaltlos unterstützt.», lässt Generalsekretär Max Hofmann verlauten.

Max Hofmann, Generalsekretär VSPB

Seit Jahren kämpft der Personalverband aller schweizerischen Polizeibeamtinnen- und -beamten, der heute über 22'000 Mitglieder zählt, davon rund 16'000 im aktiven Dienst, für ein entschiedenes und deutliches Zeichen der politischen Behörden, damit das Personal endlich die in den letzten Jahren angehäuften Überstunden abbauen und seinen Einsatz zugunsten der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger angemessen kompensieren kann.

«Heute sammeln sich Jahr für Jahr mehr als 1'200'000 Überstunden an. Dies ist weder in psychologischer noch in gesundheitlicher Hinsicht länger vertretbar und muss ein Ende haben», betont der Generalsekretär.

«Die schweizerischen Polizeibeamtinnen und -beamten stossen mit ihrem enormen Arbeitsvolumen an ihre Grenzen. Die Qualität der Dienstleistungen darf wegen der Überbelastung der Polizistinnen und Polizisten nicht aufs Spiel gesetzt werden», mahnt Max Hofmann und fügt hinzu: «Stress, Krankheit und Absentismus sind einige der grössten Risiken, mit denen wir in den kommenden Jahren konfrontiert werden, wenn das Personal seine Batterien nicht wirklich aufladen kann. Für die wichtige und vitale Funktion, die die Polizistinnen und Polizisten zugunsten der Gemeinschaft ausüben, braucht es Energien, die nur mit der nötigen Freizeit wieder aufgetankt werden können».

Auch der Aspekt der Familie ist von Bedeutung und eines der Themen, die dem VSPB am Herzen liegen. «Die Harmonie in der Familie ist ein wesentlicher Aspekt, damit die Polizistinnen und Polizisten im Alltag mit heiklen Situationen umgehen können», erklärt Max Hofmann. «Die Initiative 6 Wochen Ferien für alle erfüllt unsere Forderungen nach einer fairen Kompensation der Extraarbeit, die leider zur täglichen Regel geworden ist».